

Politische Uebersicht.

Revolution oder Bürgerkrieg?

Aus Barcelona schreibt man uns: Die jesuitisch-mauristische Militärverschwörung hat ein schmachliches Fiasco ergeben. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Schon seit Jahresfrist träumt der Jesuitenkecht Maura von einem Staatsstreich und hoffte, mit dem Justizminister an Ferrer sein Ziel zu erreichen. Aber das „liberale“ Kabinett Moret hat jede Bewegung zugunsten der Revision des Prozesses unterdrückt, und da mußte die „staatserkaltende“ ultramontane Partei nach einem andern Vorwand suchen. Es ist wohl richtig, daß das Heer und die Marine von der unmoralischen Partei- und Protektionswirtschaft durchsetzt sind und sich am politischen Leben mehr beteiligen, als im Interesse ihrer Bestimmung und einer guten Manneszucht liegt. Spanien war seit jeher das Land der klassischen „Bronzajamentos“, aber jederzeit sind die militärischen Talente, wie Prim, Serrano, Espartaco usw. für die Selbstbestimmung des Volkes eingetreten. An deren Stelle sind heute Verbrecher wie Polavieja, Linares, Santiago usw. getreten, und die Kerikale Wählerarbeit hat die Spaltung im Offizierkorps noch erhöht. Als Rädelsführer trat bei der letzten Demonstration der Rittmeister Brocopio Bignatelli, ein Schwager des berüchtigten Exministers Juan Latorrea y Penafiel, auf, der aber trotz seiner Immunität als Abgeordneter sofort nach der Festung Alicante für zwei Monate gebracht wurde. Ueberhaupt hat das energische Auftreten des Kriegsministers Luque mit der Enthebung von 4 Armeekorpskommandanten, 2 Obersten und strafweisen Verweisung von 80 Kavallerieoffizieren den besten Eindruck gemacht.

Der Gesundheitszustand des Königs Alfons XIII. läßt alles zu wünschen übrig, bei seinem täglich zu erwartenden Ableben ist der Ausbruch der Revolution oder eines Bürgerkriegs unvermeidlich geworden. Der Waffenschmuggel nimmt ungeheure Dimensionen an, die Anhänger des Thronprätendenten Jaime III., dessen inquisitorisches Manifest schon zum Teil bekannt ist, legen ein Selbstvertrauen an den Tag, das man selbst in der Glanzepoche des Verbrechers Carlos VII. nicht gefannt hat.

Die seit Juli gesperrten 122 Laienschulen in Barcelona wurden trotz aller Zusagen der liberalen Regierung bisher nicht wieder eröffnet. In den mittelalterlichen Gefängnissen Kataloniens gibt es noch immer 530 Häftlinge, und am 16. Januar laufenden Jahres hat eine Massendemonstration in Barcelona stattgefunden, um deren Freilassung zu erwirken. Infolge der Krisis in der Baumwoll-, Kork- und Holzindustrie nimmt die Zahl der Arbeitslosen täglich zu, und die inquisitorische Arbeitgeber nützen die traurige Lage des werktätigen Volks in nicht wiederzugebender Weise aus. Die Auswanderung nimmt erschreckende Formen an und die spanischen Sklavenhändler schleppen unter den glänzendsten Vorpiegelungen die hungernden Elemente nach den unwirtlichsten Gegenden Brasiliens, wo die Beulenpest, Malaria, gelbes Fieber usw. wahre Katastrophen unter den Europäern hervorruft. Schon während der Ueberfahrt werden die armen Emigranten in menschenunwürdiger Weise behandelt, und neben den heimischen Schiffsahrtsgesellschaften ist es die Austro Americana Triest, die Societä des Transports Marittimes a Vapeur Marseille und die Nelson Line in Liverpool, deren Verbrechen in der Tagespresse eingehend beleuchtet werden, ohne daß es die so überaus „christliche“ Regierung der Mühe wert findet, Abhilfe zu schaffen.

In Madrid, wo es von Alköstern, Kongregationen und Kerikalen Brüderschäften usw. wimmelt, sind an einem Tage in den belebtesten Straßen 5 Personen an Hunger gestorben. Bei der Armut und dem Elend, sowie den antihygienischen Wohnungen fordern die ansteckenden Krankheiten, Blattern, Typhus, Malaria, Lungenschwindsucht usw. Tausende von Opfern.

In Manlleu (Provinz Barcelona) stehen die Weber in der Fabrik des katalonisch-separatistischen Senators Rusinol seit Monaten im Streik und in Gijon und Ferrol wird aus Anlaß der Forderungen der Unternehmer ein Generallstreik befürchtet.

Die Konfiskation der radikalen Blätter und die Verhaftung der Redakteure ist an der Tagesordnung. Die Verhaftung des Schriftstellers Eugenio Noel, der als Freiwilliger die Marokkoexpedition mitgemacht und seine Erlebnisse in der Espana Nueva geschildert hat, nimmt infolge der militärischen Prozedur Formen an, die lebhaft an den Fall Ferrer erinnern. Zurzeit weißt Genosse Journemont aus Brüssel in Madrid und wird der europäischen Presse bald Gelegenheit geben, sich mit diesem neuen Opfer der spanischen Soldateska zu beschäftigen. Die radikalen Blätter haben durchschnittlich 30-40 Militärprozesse gegen sich schweben, und da nur eine allgemeine Amnestie diesem unhaltbaren Zustand ein Ende machen kann, sehen die Ultramontanen, Inquisitoren, Jaimisten usw. alle Hebel in Bewegung, um das Kabinett Moret noch vor dem 23. Januar d. J., dem Namenstage des Königs, zu stürzen und das Märtyrertum der vielen unschuldigen Opfer ihrer Rachsucht noch auf Monate hinaus zu verlängern. Spanien ist noch im 20. Jahrhundert das Land der unbegrenzten Unmöglichkeit geblieben, allein die allgemeine kritische Wirtschaftslage und die von den Ultramontanen geförderten Verschwörungen werden die Exploktion des Pulverfassens nur beschleunigen.

Bei den Gemeinbewahlen am 12. Dezember v. J. wurden 59 sozialdemokratische Kandidaten gewählt. In Bilanubia und Torredonjimeno wählten die Gemeindevertretungen zum erstenmal unsere Genossen zu Bürgermeistern. Aber infolge der Intervention der Kaziaken hat der in London erzogene Ministerpräsident Sig. Moret die Vertretung des erzogenen Orts aufgelöst. Man darf eben nicht vergessen, daß diese Sorte spanischer Liberalen ganz im Geiste der Jünger Bonapartes aufgeht.

Deutsches Reich.

Parlamentärsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 20. Januar. Die Juristen beherrschten heute die Verhandlungen: der Etat des Reichsjustizamts stand auf der Tagesordnung. An den „Juristentagen“ wagt sich das Gros des Reichstagsvolks höchstens auf wenige Minuten in den Plenarsitzungsraum, vielleicht um einen Fraktionsfreund zu sprechen, oder um die auf den Kulturn liegende Post in Empfang zu nehmen. Dann wird schleunigst die Flucht in irgendeine lauschige Ecke angetreten; nur die Fraktionsgenossen des jeweiligen Redners sitzen ihre Pflichtstunde ab und rufen in jedem Falle aufrichtig Bravo, wenn der Redner geendet hat und sie wieder fliehen können. Den Reigen der Redner eröffnete heute Herr Belzer aus dem Hohenzollernlande. Er ist dazu ausersehen, fortan an Stelle des alt und müde gewordenen Herrn Roeten den Kampf gegen die Unstittlichkeit zu führen. Freilich, Herr Belzer kann noch nicht donnern und Pech und Schwefel nebst allen Staatsanwälten auf die Sünder herabbeschwören, ihm sprüht noch die Lebenslust aus dem Gesicht heraus. Aber er wird sich machen. Der Hinweis, daß die Aufdeckung der sittlichen Fäulnis in höheren Schichten vergrößert auf die unteren Volksmassen wirke, weshalb bei Prozessen à la Eulenburg die Dessenlichkeit ausgeschlossen werden müsse, zeigt vielversprechende Anfänge. Auch der Vertreter für Ostschlesien, Herr Dr. Giese, machte in Sittlichkeitsretorik; sonst hätte er nämlich zum Justizetat wirklich nichts zu sagen gewußt. Leipzigs furchtbarer Vertreter, Herr Dr. Jund, offerierte mit gebeugtem Knie dem neuen Justizstaatssekretär volles Vertrauen, was hoffentlich an geeigneter Stelle beachtet und nicht vergessen wird. Daß auch Behörden gelegentlich mal richterliche Urteile kritisieren, schmerzt Herrn Jund. So nebenbei beteiligte er sich an dem neuesten hurrapatriotischen Spiel, Herrn v. Scharf Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Herr Liman spielt auf, Herr Jund tanzt.

Der Staatssekretär Dr. Lisco sagte natürlich seine Mitwirkung im Kampfe gegen die Dessenlichkeit zu, er stellte dem Kulturstaate Deutschland das beschämende Armutszengnis aus, daß die notwendige Regelung der Zeugen- und Sachverständigengebühren aus Mangel an Mitteln nicht vorgenommen werden könne. Natürlich: Dernburg baut Kolonialbahnen, Tirpich Riesenschiffen und Heeringen wird sich schon noch melden. Genosse Heine betonte, daß die Sozialdemokratie bei der beabsichtigten Entlastung des Reichsgerichts es energisch bekämpfen werde, wenn für die Kleineren, aus dem Leben der Volksmassen resultierenden Prozesse die Revisionsmöglichkeit beseitigt werden soll. Daß der Kampf gegen die Gefahren der Unstittlichkeit nur durch Aufklärung, aber niemals durch Gesetze erfolgreich geführt werden kann, wies Heine schlagend nach. Aber diesen erfolgreichen Kampf hintertreiben gerade die Behörden, indem sie den proletarischen Jugendvereinen die Tätigkeit erschweren oder mit Auflösungen gegen sie vorgehen. In längeren instruktiven Darlegungen kritisierte Heine die äußerst gefährlichen reaktionären Verschlechterungen im Entwurf zum neuen Strafrecht, worin man in der stiftigen Weise zeitgemäße Verbesserungen mit schwersten Verschlechterungen, die im politischen Kampfe der Reaktion als Waffen dienen sollen, verknüpft hat. Seine kühnste den Kampf gegen diese Verschlechterungen an und zeichnete an markanten Stellen unsere Justiz, gegen die das tiefste Mißtrauen berechtigt und geboten sei. Nachdem der Vole Dzierzowski, der Reichsparteiler Barenhorst, der Antisemit Werner und der Freisinnige Albach ebenfalls ihre Wünsche zum neuen Strafrecht kurz präzisiert hatten, wurde die Beratung geschlossen, der Justizetat genehmigt. Es ging rasch in diesem Jahre.

Budgetkommission und Südwachstafelauer.

Herr Dernburg erlebt jetzt in der Budgetkommission des Reichstages recht angenehme Stunden. Die Alimandharobahn in Ostafrika bekam er ebenso glatt bewilligt wie die südwestafrikanischen Bahnen; sein bisheriges Vorgehen in verwaltschaftlicher wie auch wirtschaftlicher Beziehung ist nach einigem Wenn und Aber gebilligt worden, und am Donnerstag hat ihn die Kommission gegen die Angriffe aus Südwachstafel geradezu glänzend gedeckt, so daß Herr Dernburg triumphierend auf alle seine Widersacher blicken kann. Namens der über Dernburg mächtig eroberten südwachstafelischen Diamantenspekulanten hatte der jetzt so oft genannte Bürgermeister Kreplin in Eilberichtsicht telegraphisch beim Reichstagspräsidenten Einspruch gegen die Darlegungen Dernburgs erhoben. In der Depeche, die das schöne Stimmchen von rund 2500 Mark Gebühren erfordert hat - 350 Worte à 7 Mark -, werden in ziemlich ruppiger Sprache gegen Dernburg schwere Beschuldigungen ausgesprochen, die Herr Dernburg in der Kommission an der Hand beweiskräftigen Materials als ungerichtet, unwahr und frivol widerlegen konnte. Gleichzeitig drehte er den Spieß um und stellte der Kommission den Viderichtsduchter Bürgermeister und den hinter ihm stehenden Hauptmann a. D. Weich in ihrer ganzen Schönheit als geriebene Spekulanten vor. Dernburg erklärte, daß er sein Wort: ein Rattowich werde es im Südwachstafel nicht geben! zurücknehmen müsse, nachdem er von dem Inhalt der Depeche Kenntnis erhalten habe. Kreplin könne natürlich nicht mehr Bürgermeister von Viderichtsduchter bleiben. Genosse Singer erklärte, daß er es allerdings begreifen würde, wenn Herr Dernburg in diesem Falle die ihm zustehenden Rechtsmittel gegen Kreplin anwenden würde. Es handle sich auch um einen ganz andern Vorgang als wie in Rattowich. Dem Staatssekretär müsse zugestanden werden, daß er im Rechte sei gegen die Unverschämtheit der mit Kreplin verbündeten Kolonisten. Was Herr Dernburg in der Kommission gegen die „ebenso dummen wie beleidigenden Redensarten“ seiner Gegner ins Feld geführt habe, sei so erschöpfend und eingehend gewesen, daß für die Kommission nicht der geringste Anlaß vorliege, gegen Herrn Dernburg eine Untersuchung einzuleiten. Im übrigen brauche sich aber weder Dernburg noch die Kommission darüber zu wundern, wenn die Kolonisten solche Töne anschlagen und anmahnen werden. Jahrelang hat man sie dem deutschen Volke als bewundernswerte Kulturpioniere, als Spender zukünftigen Nationalreichtums usw. hingestellt, daß bei den Leuten der Bahn sich einstellen mußte, sie seien ganz besonders wertvoll für Deutschland. Daher legt ihr unverschämtes Auftreten. - Herr Dernburg teilte nach attemühiger Darstellung noch mit, daß der Hauptmann Weich, der unter den Kolonisten die führende Rolle spielt, seinerzeit dem Major Müller gegenüber erklärt habe, die Schutztruppe sei einfach verpflichtet, für die speziellen Interessen der Land- und

Spekulationsgesellschaften sich totzuschicken zu lassen; wie ferner Weich, der auch stets ein rückwärtsloses Vorgehen gegen die Hereros propagiert habe, an den späteren Schwierigkeiten mit den Hereros stark beteiligt gewesen sei. Wenn zwei sich streiten, erfährt man manche interessante Sache. Vielleicht werden uns die Kulturpioniere in Südwachstafel und anderwärts gelegentlich einmal der Reihe nach vorgeführt; es dürfte eine Galerie nicht uninteressanter Figuren werden.

Eine längere Debatte entspann sich in der Kommission darüber, wie die Depeche zu behandeln sei, und ob ihr Wortlaut in der Presse veröffentlicht werden solle. Für uneingeschränkte öffentliche Behandlung traten die Genossen Singer und Lebebour ein; Dernburg und einige Mitglieder der bürgerlichen Parteien hatten Bedenken. Auch über die Form, in der die Anlagen in der Depeche zurückgewiesen werden sollen, herrschte lebhaftste Uneinigkeit, die drei Resolutionen zeitigte: eine konservativ-nationalliberale, eine freisinnige und eine sozialdemokratische. Die letztere hatte folgenden Wortlaut: „Die vom Bürgermeister Kreplin eingesandte Depeche ist durch früheren Beschluß der Budgetkommission erledigt.“ Um eine einstimmige Ausage der Kommission zu ermöglichen, zogen auf Anregung des Herrn Kreplin die bürgerlichen Parteien ihre Resolutionen zurück und stimmten dann der sozialdemokratischen zu. Die Einstimmigkeit, mit der sich in diesem Falle die Kommission hinter Dernburg stellte, bedeutet für ihn einen recht großen Erfolg seinen Gegnern gegenüber, die ja nicht nur in Südwachstafel sich befinden. Die Weich und Genossen scheiden ein sehr böses Gefühl an diesem von ihnen weder erwarteten noch gewünschten Ausgang der Kampanie gegen Dernburg.

Soweit unser Berichterstatter. Unserm Empfinden nach hätte die Sozialdemokratie besser getan, etwas mehr Zurückhaltung zu üben und die Ehrenrettung Dernburgs seinen bürgerlichen Freunden zu überlassen. Die Brandmarke der südwachstafelischen Diamantpolitiker konnte trotzdem scharf ausfallen.

Der schwarz-blaue Denunziantenblut.

Herr Bethmann-Hollweg bezieht sich, sein den preussischen Junkern gegebenes Versprechen zu erfüllen: Der Gymnasialoberlehrer Hoffmann in Rattowich, der auch polnisch gewählt hatte, ist jetzt nach Strehlen versetzt worden. „Im Interesse des Dienstes“ natürlich. Damit aber auch das Zentrum sein Opfer habe, hat sich die Regierung der zentralküchlichen Denunzianten wohlwollend erinnert. Aus Breslau wird soeben gemeldet, daß der Gymnasialoberlehrer Hads wegen Teilnahme an einer Ferrer-Rundgebung vom Provinzialschulkollegium zur Verantwortung gezogen wurde.

Auch die Kreuzzeitung ist mit einer liebenswürdigen Anfrage an die Regierung herantreten. In Breslau sollten die österreichischen Genossen Dr. Renner und Jockl in den letzten sozialdemokratischen Wahlrechtsversammlungen über den Wahlrechtskampf des österreichischen Proletariats referieren. Die Polizei verbot bekanntlich diese Referate, dennoch gelang es dem Genossen Jockl, in drei Versammlungen unerkannt als Diskussionsredner zu sprechen. Das frumbe Junkerblatt wütet über diesen lustigen Streich, und nachgedrückt wird es die Frage auf:

Sollten aber die sozialdemokratischen Versammlungsleiter für die Umgehung des Verbots und die grobe Zänkung der überwachenden Polizeibeamten nicht zur Verantwortung gezogen werden?

Wir müssen die ritterliche Denunziantin darauf hinweisen, daß Versammlungsleiter keinesfalls verpflichtet sind, die Diskussionsredner auch persönlich zu kennen.

Kleier Nachklänge.

Der Kleier Werftskandal hat drei staatsanwältliche Häupter gekostet, doch sonst ist alles beim alten geblieben. Vizeminister a. D. v. Ahlefeld veröffentlicht nun zwei Artikel im Tag, die den Zweck verfolgen, die durch den Kleier Werftprozess arg kompromittierten Beamten zu rehabilitieren. v. Ahlefeld war früher selbst einmal Werftdirektor; er muß es wissen, wie die Werftbureaucratie organisiert ist und deshalb verdienen seine Ausführungen größeres Vertrauen. - Er schreibt u. a.:

Nun aber die Submissionen des Staatsbetriebes, im besonderen der Marine für den ausführenden Techniker oder zum technischen Dienst kommandierten Offizier ist vor allem die Kenntnis der Werftdienstordnung, im ganzen ein Werk von 10 Bänden, zu kennen notwendig. Einer davon, Teil II, Abschnitt 8, enthält in 143 Paragraphen und 10 Beilagen die „Beschaffungsordnung“. Diese wird durch ein durch endlose Reichstags- und Abgeordnetenhaus-Verhandlungen veranlaßtes zweites Werk abgeändert und ergänzt: Allgemeine Bestimmungen betreffend die Vergütung usw. vom 3. Dezember 1907, 47 Seiten und 4 Muster zu Urkunden.

Mit dieser bureaukratischen Grundlage kann der Techniker aus Werk gehen. Er schreibt seinen Bedarf zusammen, der Zettel wandert bis hinauf zum Direktor, dann hinüber zum Verwaltungsressort und dort wieder die Leiter hinunter bis zum bearbeitenden Beamten der Beschaffungsabteilung. Dieser stellt die Lieferanten, die in Frage kommen, zusammen, fragt auch wohl zurück beim technischen Bureau. Der Zettel ist indes durch die vorgeschriebenen allgemeinen und besonderen Bestimmungen schon ein ganz statisches Werk geworden und kommt so zu den Lieferanten. Nun laufen die Angebote ein, nicht beim bestellenden Techniker, sondern bei der Beschaffungsabteilung, unter Verschluss natürlich, Proben versiegelt natürlich, sie kommen in den Probenraum, wo von einer besonderen, der Probenfeststellungskommission, mit früherem heißen Vermöhen ein Schwanm, eine Kerze z. B. ausgestellt lagert, wie er oder sie auslesen und beschaffen sein muß, wenn sie allen Wünschen gerecht sein will.“ Dann wird die Lieferungsliste zusammengestellt und erhält die Proben und vergleicht sie mit den Normproben; die zu leicht erfundenen werden ausgeschlossen, die „guten“ werden nach dem Preise geordnet und dann die öffentliche Verlesung anberaumt. Die Lieferanten kommen, der Zuschlag wird angesprochen. Die Ware selbst wird nun angefertigt, aber der bestellende Techniker ahnt nicht, wo die Sache steht; wird er ungeduldig, so schreibt er an die Beschaffungsabteilung und erfährt dann, daß die Sache „im Geschäftsgang“ sei. Daran knüpft sich dann zuweilen ein sehr unmutiger Potentzweig. „Kommt die Sache endlich, so geht sie - an den Techniker? - nein, sie verschwindet in das unglückliche Unnahmeamt, das nur durch bewachte Tore von der Werft aus zugänglich ist, und wird erst dann dem Ressort (Betriebe) ausgeteilt.“

Ich weiß wohl - diese Darstellung ist nicht korrekt, sondern nur ein Stimmungsbild, aber ich erkläre es für unaussprechbar, das Verfahren so darzustellen, daß es korrekt ist und doch für ein größeres Publikum noch lesbar bleibt. Es würde eine Doktorarbeit daraus. Ich mußte mich darauf beschränken, einen ungefähren Begriff davon zu geben, was auf